

KOMMUNALE GEBIETSREFORMEN DER HEISEI-ZEIT UND LOKALE IDENTITÄT: DAS BEISPIEL DER KOMMUNE ARITA-CHŌ

Cornelia Reiher

Municipal Mergers of the Heisei Period and Local Identity: The Case of Arita Town

Abstract: Japan witnessed a boom of municipal mergers between 1999 and 2006. During that period, the number of municipalities was reduced from 3,232 to 1,820. The Great Mergers of the Heisei Period, as they have become known, took place within a framework of extensive decentralization reforms in which the central government transferred many administrative tasks to local governments, but failed to also transfer a greater degree of financial autonomy. This contributed to the deterioration of the fiscal situation of many municipalities, which therefore became more susceptible to the central government's financial incentives for the promotion of municipal mergers. Critics of the mergers suspected that municipalities, through the mergers, would lose their local identity. However, the exemplary case study of the merger of two towns in Saga Prefecture, Arita and Nishi-Arita, shows that identity was only a marginal issue during negotiations concerning the merger. Nevertheless, some measures had been undertaken prior to merger by both the municipal governments and the merger council to create a sense of a shared identity by emphasizing the similarities between the municipalities and their residents. Whether a corporate local identity can be achieved in the future is not yet clear, but at the beginning of 2008 the residents were still emphasizing the differences between the two towns, one of which is dominated by the ceramics industry, the other by agriculture.

1 EINLEITUNG

Im April 2006 lief das Sondergesetz über die kommunale Gebietsreform aus. Die in diesem Gesetz vorgesehenen finanziellen Anreize der japanischen Zentralregierung zur Förderung von Gemeindefusionen im ganzen Land führten vor allem zwischen 2004 und 2006 zu Gebietsreformen in so großer Zahl, dass japanische Medien von einem Fusionsboom sprachen, der als *Heisei no dai-gappei* [Umfassende Kommunale Gebietsreform der Heisei-Zeit] bekannt wurde. Vom 1. April 1999 bis zum 31. März 2006 sank die Zahl der japanischen kommunalen Gebietskörperschaften (*shichōson*) von 3.232 auf 1.821 und halbierte sich somit fast (Sōmushō 2008, Internet). Die kommunale Gebietsreform der Heisei-Zeit ist jedoch nicht die erste Fusionswelle dieses Ausmaßes in der modernen japanischen Geschichte. Nach einer knappen Darstellung der vorange-

gangen Fusionen der Meiji- und der Shōwa-Zeit werde ich die Dezentralisierungsbestrebungen seit Beginn der 1990er Jahre, welche mit den Gebietsreformen der *Heisei no dai-gappei* untrennbar verbunden sind, und anschließend die Gebietsreformen der Heisei-Zeit selbst vorstellen.

Dieser Beitrag setzt sich aber nicht nur allgemein mit den Spezifika der kommunalen Gebietsreformen, sondern mit ihren ganz konkreten Auswirkungen auf die betroffenen Kommunen und ihre Bürger auseinander und geht der Frage nach, welche Beweggründe Bürgermeister und Gemeinderäte zu einer Umsetzung der von der Zentralregierung in Tokyo angelegten Gesetze zur Gebietsreform veranlassten. Anhand eines konkreten Beispiels, der Fusion zweier Gemeinden in der Präfektur Saga im Norden von Kyūshū, soll der Prozess der kommunalen Gebietsreform von der Thematisierung der Möglichkeit einer Fusion im Gemeinderat bis hin zur ersten Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl nach der Fusion dargestellt werden. Ziel der Untersuchung der beiden Nachbarkommunen *Arita-machi*¹ und *Nishi-Arita-chō*, die am 1. März 2006 zur neuen Gemeinde *Arita-chō* fusionierten, ist die Analyse folgender Fragen: Welche Gründe wurden von Bürgermeistern und Gemeinderäten für eine Realisierung der Fusion angegeben? Wie standen und stehen die Bürger der Fusion gegenüber? Wie vermittelten Gemeinderat und Kommunalverwaltung den Bürgern Inhalte, die im Zusammenhang mit der Gemeindefusion standen? Wie wurden die Bürger in Entscheidungsprozesse einbezogen?

Im Vordergrund soll vor allem die Frage nach einem möglichen Verlust von Identität, Kultur und Traditionen in den betroffenen Gemeinden stehen, der in Zusammenhang mit Gemeindefusionen häufig befürchtet wird (Mabuchi 2001: 7–8; Rausch 2006: 146; Hobo 2007: 15). Diese Befürchtungen verallgemeinern allerdings häufig stark oder beziehen sich auf Eingemeindungen bzw. die Fusion von mehr als zwei Kommunen. Das Beispiel der Fusion zwischen *Arita* und *Nishi-Arita* ist daher interessant, weil es die Untersuchung der Frage nach dem Zusammenhang zwischen lokaler Identität und Gemeindefusionen anhand des Zusammenschlusses zweier etwa gleichgroßer Kommunen ermöglicht, von denen eine zudem eine stark ausgeprägte Identität für sich beansprucht und nach außen propagierte. Laut Sasaki (2004: 80) sollen sich Japaner in einem sehr hohen Maße mit der Kommune, in der sie leben, identifizieren – so zumindest im ländlichen Raum.

¹ Die Suffixe *-machi* und *-chō* dienen zur Bezeichnung einer Gemeinde von mehr als 10.000, aber weniger als 50.000 Einwohnern. Es handelt sich dabei um unterschiedliche Lesarten desselben Schriftzeichens. Im Folgenden werden darüber hinaus die Suffixe *-shi* und *-son* (*-mura*) verwendet. *Shi* steht für eine Gebietskörperschaft mit mehr als 50.000 (früher 30.000), *son* (*mura*) für eine Gebietskörperschaft mit weniger als 10.000 Einwohnern.

Nach Rausch (2005: 125) wiederum ist die Bewahrung lokaler Identität für Kommunen ein wichtiges Gegengewicht zu den Vereinheitlichungsbestrebungen durch Gemeindefusionen und eine Ressource, die für die lokale Entwicklung genutzt werden muss. Widerspiegelt sich diese Einschätzung lokaler Identität als bedeutsamer Faktor, welcher bei Gemeindezusammenschlüssen berücksichtigt werden muss, in den Fusionsverhandlungen zwischen Arita und Nishi-Arita? Wurden im Zuge der Verhandlungen „lokale Identität“ und deren drohender Verlust thematisiert? Gab es bereits während dieser Verhandlungen Bestrebungen, für die neu entstehende Gebietskörperschaft Arita-*chō* eine gemeinsame Identität zu konstruieren, wenn diese als Ressource für die Entwicklung der Kommune so bedeutungsvoll ist?

Die japanische Literatur zum Thema *Heisei no dai-gappei* beschäftigt sich nicht explizit mit dem Zusammenhang zwischen lokaler Identität und Gemeindefusionen. Einige Publikationen (Kataoka 2005; Kida 2006) setzen sich mit dem Problem der Namensänderung von Kommunen auseinander, wie sie besonders bei einem Zusammenschluss mehrerer Gebietskörperschaften ähnlicher Größe auftreten können. Diese Probleme betreffen zum Beispiel die Auswahlkriterien bei der Neuschöpfung von Namen für die neuen Kommunen, die Frage der Bürgerbeteiligung bei der Auswahl und die Befürchtung einer Homogenisierung der vormaligen „einzigartigen Merkmale“ der ehemaligen Kommunen, die unter einem neuen Namen in einer neuen Gebietskörperschaft subsumiert wurden. Mit diesem Artikel soll jedoch gezeigt werden, dass lokale Identität mehr beinhaltet als nur den Namen einer Kommune.

Einleitend zur Fallstudie werden Arita-*machi* und das Selbstverständnis der Kommune vor Beginn der Fusionsverhandlungen mit Nishi-Arita vorgestellt, um dann aus der Perspektive der ehemaligen Gebietskörperschaft Arita-*machi* den Verlauf der Verhandlungen und den Prozess bis zur Fusion und die kurz darauf folgende Bürgermeisterwahl am 17. April 2006 nachzuzeichnen. Da der Fokus der Untersuchung auf den Themen „Identität“ und „Identitätspolitik“ liegt, sollen zunächst diese Begriffe definiert werden, bevor auf die Frage nach der Berücksichtigung der lokalen Identität während der Fusionsverhandlungen eingegangen wird.

Grundlage dieser Untersuchung bilden die Berichte lokaler und regionaler Medien über den Zusammenschluss sowie Publikationen der Stadtverwaltung Aritas und des Büros der Gemeindefusionskonferenz des Kreises Nishi-Matsuura (Nishi-Matsuura-chiku Gappei Kyōgikai Jimukyoku; NMCGK), die im Zeitraum 2003 bis 2006 publiziert wurden. Weiterhin ziehe ich die Ergebnisse leitfadengestützter qualitativer Interviews heran, die ich im Januar 2008 mit Bürgern Aritas geführt habe.²

² Alle Übersetzungen japanischsprachiger Quellen stammen von der Autorin.

2 KOMMUNALE GEBIETSREFORMEN IN JAPAN

2.1 Frühe Gebietsreformen

Größere Wellen von Gemeindegemeinschaften fanden in der neueren japanischen Geschichte mehrfach statt. Die meisten Autoren unterscheiden drei Phasen japanischer kommunaler Gebietsreformen: die Meiji-Fusionen von 1888 und 1889, die Shōwa-Fusionen von 1953 bis 1956 (Sasaki 2002: 27–28) und die Heisei-Fusionen von 1999 bis 2006 (Hobo 2007: 3). Mabuchi (2001: 4) führt noch eine weitere, weniger intensive Phase der Fusionen von 1961 bis in die 1990er Jahre ein. Während im Rahmen der Meiji-Fusionen die Zahl der 71.314 natürlichen Siedlungen (*shizen shūraku*) auf 15.859 sank, halbierte sich die Zahl der Kommunen während der Fusionswelle der Shōwa-Zeit in den 1950er Jahren noch einmal von 9.868 auf 4.668 (Sasaki 2002: 28). Dabei verschwanden vor allem Gebietskörperschaften mit weniger als 10.000 Einwohnern, während die Zahl der *shi* wuchs.

Sowohl die Fusionen der Meiji- als auch die der (frühen) Shōwa-Zeit wurden von der Zentralregierung initiiert und angeleitet und können daher als Gemeindefusionen „von oben“ gelten, während die Fusionen nach 1961 als Fusionen „von unten“, d. h. als von den Kommunen selbst forciert, bezeichnet werden (Mabuchi 2001: 8).

Während die Meiji-Fusionen auf die Integration der Kommunen in den japanischen Nationalstaat abzielten, dienten die Fusionen der Shōwa-Zeit vorrangig der Stärkung lokaler Selbstverwaltung (Mabuchi 2001: 2, 4). Seit den Shōwa-Fusionen nahmen die Unterschiede zwischen den Kommunen stark zu. Einer wachsenden Anzahl von Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern standen 1995 fast ebenso viele Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern gegenüber. Vor allem abgelegene *mura* wurden selten als Fusionspartner in Erwägung gezogen, wohingegen besonders große und wohlhabende Gebietskörperschaften im Laufe der kommunalen Gebietsreform oft nicht mehr zu einer Fusion bereit waren (Mabuchi 2001: 16). Während durch eine Vergrößerung der Kommunen deren Steuereinnahmen steigen und sie dadurch, so nimmt Mabuchi (2001: 16–17) an, in die Lage versetzt werden, ihre Verwaltungsaufgaben effizienter auszuführen, gibt es eine Reihe kleiner – meist ländlicher – Kommunen mit einer großen Zahl alter Menschen, denen es schwerfällt, die medizinische Grundversorgung dieser Bevölkerungsgruppe zu sichern. Vor diesem Hintergrund gewann der Aspekt der Effizienzsteigerung in den 1980er Jahren immer mehr an Bedeutung, weil die Kommunen zunehmend auch die Verantwortung für Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen übernehmen mussten (Neary

2002: 141). Dennoch blieb auch in den 1990er Jahren die Förderung der lokalen Selbstverwaltung die bestimmende Logik hinter den Gemeindefusionen (Mabuchi 2001: 17).

2.2 Dezentalisierungsbestrebungen seit den 1990er Jahren

Demographische Alterung ist aber nur eines von vielen Problemen japanischer Kommunen. Vor allem in ländlichen Regionen kommen die kontinuierliche Abwanderung junger Menschen in die Städte oder der ökonomische Niedergang von Kommunen und ganzen Regionen hinzu. Die großen regionalen Disparitäten in Japan – vor allem in ökonomischer Hinsicht – wirken sich natürlich auch auf die Kommunen aus. Während Wachstum vor allem in den Metropolen verzeichnet wird, wurden die Unterschiede zwischen den Kommunen jahrzehntelang durch ein System des Finanzausgleichs, das die Verteilung eines Teils der Einnahmen aus nationalen Steuern auf die Kommunen vorsieht, auf einem moderaten Niveau gehalten (Osiander 2007: 159). Diese finanzielle Abhängigkeit ist aber nur ein Aspekt, welcher der Eigenständigkeit japanischer Kommunen im Weg steht.³

Nach der Verabschiedung mehrerer Vorgängergesetze zur Dezentralisierung trat im April 2000 das 1999 beschlossene Gesamtgesetz zur Dezentralisierung (*Chihō bunku ikkatsu-hō*) in Kraft. Wichtige Neuerungen waren die Abschaffung des Systems der übertragenen Aufgaben, die Umstrukturierung der Pflichten der kommunalen Verwaltungen und die Abschaffung des Systems, welches es erlaubte, Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen zu nationalen Beamten zu bestimmen, um nationale Interessen auf lokaler Ebene durchzusetzen (Shirai 2005: 23). Weiterhin wurde ein neutraler Schlichtungsausschuss für Konflikte zwischen Kommunen und Zentralregierung eingerichtet sowie Bürgermeister und Präfektur-Gouverneure gesetzlich gleichgestellt (Foljanty 2006: 68).

Im Juni 2002 beschloss die Zentralregierung, den Gesamtumfang des lokalen Steuerausgleichs zu reduzieren, und verabschiedete ein Jahr später die sogenannte Trinitätsreform (*Sanmi ittai kaikaku*), welche die Kürzung

³ Besonders das Prinzip der übertragenen Aufgaben (*kikan inin jimū*), welches im Gesetz über lokale Selbstverwaltung geregelt wurde und die Übertragung zentralstaatlicher Aufgaben an die Kommunen ermöglichte, wurde häufig kritisiert (Barrett 2000: 36). Hinzu kam die ungleiche Möglichkeit zur Erhebung von Steuern auf nationaler und kommunaler Ebene. Die Zentralregierung erhielt 1995 62 % der gesamten japanischen Steuereinnahmen, während die Kommunen nur 38 % des Steueraufkommens direkt und unabhängig von der Zentralregierung einnehmen konnten (Barrett 2000: 38).

zweckgebundener Subventionen, die Kürzung ungebundener Subventionen und eine Übertragung von Steuerquellen vorsah (Shirai 2005: 25–26). Die zugrunde liegende Idee war, dass, wenn Steuereinnahmequellen und die Befugnis, Steuern zu erheben, von der Zentralregierung auf die Kommunen übertragen würden, die Gebietskörperschaften keine andere Wahl hätten, als die Verantwortung für ihre Finanzen zu übernehmen und unnötige Ausgaben zu reduzieren. Während die Dezentralisierung von finanzstarken Kommunen begrüßt wird, weil mit ihr mehr Autonomie für die Kommunen einhergeht, reagieren andere, finanzschwächere Kommunen eher besorgt (Iqbal 2001: 5). Obwohl die Dezentralisierungsbestrebungen langfristig die Selbstverwaltung der Kommunen stärken dürften, so Shirai (2005: 26), sei momentan besonders die Diskrepanz zwischen finanzieller Belastung der Kommunen einerseits und deren wachsenden Aufgaben andererseits problematisch.

2.3 Die Gemeindefusionen der Heisei-Zeit

Die Fusionen der Heisei-Zeit sind Teil dieser Dezentralisierungsbestrebungen, welche seit Beginn der 1990er Jahre das Verhältnis zwischen der japanischen Zentralregierung und den Kommunen stark verändert haben. Im Plan zur Förderung von Gemeindefusionen (*Shichōson gappei shien puran*) von 2001 begründete das Hauptbüro zur Förderung der Gemeindefusionen (Shichōson Gappei Shien Honbu) die Notwendigkeit der Gemeindefusionen damit, dass vor dem Hintergrund der Dezentralisierung die Verwaltungsleistungen der Kommunen gesteigert werden müssten (Shichōson Gappei Shien Honbu 2001, Internet). Laut dem Ministerium für öffentliche Verwaltung, Inneres, Post und Telekommunikation (Sōmushō) dienen die Gemeindefusionen vor allem (1) dem Erhalt der Selbstverwaltung der Kommunen, (2) der Verbesserung der kommunalen Verwaltungsleistungen vor dem Hintergrund niedriger Geburtenraten und demographischer Alterung (*shōshi kōreika*), (3) einer dem größeren Aktionsradius des täglichen Lebens der Bürger angemessenen räumlichen Ausdehnung von Verwaltungstätigkeiten der Kommunen, (4) der Förderung einer wirtschaftlich effizienteren Verwaltungsstruktur als Reaktion auf die ernste Finanzlage von Staat und Kommunen und (5) einer Neustrukturierung der Verwaltungseinheiten, um den seit den Shōwa-Fusionen veränderten Verkehrs- und Kommunikationsmitteln gerecht werden zu können (Sōmushō 2001, Internet). Darüber hinaus, so Shirai (2005: 25), könnten Entwicklungsprogramme zur Revitalisierung lokaler Industrien besser an lokale Bedürfnisse angepasst werden, wenn sie von der entsprechenden Kommunalverwal-

tung übernommen und in Zusammenarbeit mit den Anwohnern implementiert würden.

Das alte Sondergesetz über kommunale Gebietsreformen (*Gappei tokurei-hō*) von 1965 lief am 31.03.2005 aus (*Nishi-Nihon Shinbun* 31.10.2004: 33). Es beinhaltete Sondersubventionen für beteiligte Kommunen, die innerhalb von zehn Jahren nach der Fusion zu günstigen Konditionen an den japanischen Staat zurückgezahlt werden müssen. Da diese Begünstigungen und andere Sondersubventionen nur solche Kommunen in Anspruch nehmen konnten, die bis zum 31. März 2005 ihren Fusionsprozess abgeschlossen hatten, fanden kurz nacheinander viele Gemeindezusammenlegungen statt (Hobo 2007: 3). Im April 2005 wurde das neue Gesetz über kommunale Gebietsreformen (*Gappei shin-hō*) verabschiedet, welches einige der Begünstigungen für fusionswillige Gemeinden bis zum 31. März 2006 verlängerte und zahlreiche weitere Zusammenschlüsse mit sich brachte. Das neue Gesetz griff die wichtigsten Punkte des alten Gesetzes auf. Allerdings fielen „zum Schutz der Kommunen“ (*Kōhō Arita* 10/2004: 7) die Sondersubventionen und Vergünstigungen im Rahmen des Finanzausgleichs weg. Einige Kommunen hatten die Sonderanleihen für Sanierungsprojekte, Stadtgestaltung und Aufstockung des Personals verwendet, woraufhin sich ihre bereits vorher kritische finanzielle Lage noch verschlimmerte. Dieses Phänomen wurde von den Medien mit dem Begriff *gappei baburu* [Fusionsblase] bezeichnet (Hobo 2007: 9).

Der im Sondergesetz über kommunale Gebietsreformen vorgeschriebene Ablauf der Gemeindefusionen war ein Prozess in zwei Etappen. Zunächst gründeten fusionswillige Gemeinden freiwillige Gemeindefusionskonferenzen (*nin'i gappei kyōgikai*), in denen Informationen über potenzielle Partner und die Vor- und Nachteile einer Fusion gesammelt wurden. Der zweite Schritt war die offizielle Gründung einer gesetzlichen Gemeindefusionskonferenz (*hōtei gappei kyōgikai*). Dafür war eine Bewerbung beim Gouverneur der Präfektur nötig, der über die Gründung des Komitees und die Gemeindefusion zu entscheiden hatte (Rausch 2006: 140).

Kritisiert werden die Zusammenschlüsse der Heisei-Zeit vor allem deshalb, weil sie hauptsächlich zur Sanierung der kommunalen Haushalte vollzogen wurden (*Asahi Shimbun* 21.03.2006: 31). Hagiwara (zitiert in Rausch 2006: 143) kommt zu dem Schluss, dass Fusionen zwar für die Zentralregierung sowie große und finanzstarke Kommunen attraktiv seien, für kleinere und finanzschwächere Kommunen jedoch negative Konsequenzen hätten. Hobo (2007: 6) beanstandet zudem Widersprüche innerhalb der vom Sōmushō propagierten Ziele der Gemeindefusionen. Wenn demographische Alterung als ein Grund für die Gebietsreformen angegeben werde, dürften nicht gleichzeitig eine Ausweitung des Bewe-

gungsradius der Menschen und die Schließung von Rathäusern im Dienste von Effizienzsteigerung und Einsparungen Ziel der Fusionen sein. So würden kommunale Dienstleistungen für alte Menschen, deren Aktionsradius eher klein sei, unerreichbar gemacht. Weiterhin gäbe es auch Alternativen zu einer Gemeindefusion, wie eine verbesserte interkommunale Zusammenarbeit oder Kompetenzerweiterungen für die Präfekturen, welche ebenfalls auf eine durch Berufspendler oder Mobilität verursachte Vergrößerung des täglichen Aktionsrahmens reagieren könnten. Hobo (2007: 4) hält es zudem für fraglich, ob die erhofften Effekte, besonders was die Sanierung der Haushalte der Gemeinden betrifft, wirklich eintreten. Weitere mögliche negative Auswirkungen der Fusionen sieht er in einer Anonymisierung der Verwaltung, der Schwächung lokaler Demokratie, einer wachsenden Ungleichheit zwischen den Gemeinden und einer Verschlechterung der kommunalen Finanzen. Die *Heisei no dai-gappei* habe eine ernsthafte Diskussion über den Zustand der kommunalen Gebietskörperschaften verhindert, da sie von den in Aussicht gestellten finanziellen Vergünstigungen dominiert sei, so seine These.

3 FALLSTUDIE: ARITA-MACHI – „HEIMAT DES JAPANISCHEN PORZELLANS“

3.1 Kurzprofil der Kommune Arita

Wie reagierten Kommunen in peripheren ländlichen Gebieten auf die von der Regierung initiierten Anreize zur Förderung von Gemeindefusionen, und wie wurden Entscheidungen für oder gegen einen Zusammenschluss gefällt? Im Folgenden soll eine Gemeindefusion und deren Ablauf im Rahmen der *Heisei no dai-gappei* anhand des Beispiels der Kommune Arita-machi in der Präfektur Saga vorgestellt werden.

Die bis zum 1. März 2006 bestehende Kommune Arita-machi war bereits das Ergebnis der vorangegangenen Fusionswellen der Meiji- und Shōwa-Zeit.⁴ Vor dem Zusammenschluss lebten etwa 13.000 Menschen in Arita.

Einzige in Arita ansässige Industrie ist die Keramikindustrie, die Tolliday und Yonemitsu (2007) als eine lokal gebundene traditionelle Konsumgüterbranche (*jiba sangyō*)⁵ charakterisieren, die hauptsächlich aus

⁴ Im Jahr 1889 war Arita-mura aus den Siedlungen Arita und Sarayama hervorgegangen. Erst 1954 entstand Arita-machi (Arita-chō 2007, Internet).

⁵ Der Begriff *jiba sangyō* für lokal gebundene Branchen wurde in den 1960er Jahren geprägt und beschreibt die Konzentration von meist kleinen Unternehmen einer Branche an einem Ort. Die Produkte werden häufig mit dem Produktionsort assoziiert und tragen dessen Namen (Tolliday und Yonemitsu 2007: 41).

kleinen Familienunternehmen besteht und vor allem der Bewahrung handwerklicher Tradition verschrieben ist. Die Branche florierte zwar während der *bubble economy*-Phase, ihre Umsätze sanken aber nach einem Höhepunkt im Jahr 1991 stetig.⁶ Da ein großer Teil der Bevölkerung Aritas ihren Lebensunterhalt in der Keramikindustrie mit ihren etwa 100 Manufakturen und ungefähr doppelt so vielen Groß- und Einzelhandelsunternehmen verdient,⁷ werden die Auswirkungen der ökonomischen Krise auf die Kommune als sehr ernst empfunden. Die Heterogenität von Unternehmen – wenige größere Firmen erzielen weiterhin gute Umsätze, während der Großteil der anderen Firmen nur geringe Umsätze hat (*Nishi-Nihon Shinbun* 27.04.2006: 18) – und die Heterogenität von Produkten und Kunden erschwert es der Keramikindustrie, eine Gesamtstrategie zu entwickeln, um die ökonomische Krise zu überwinden. Viele Strategien zur Revitalisierung Aritas stehen in Verbindung mit der Entwicklung neuer Keramikprodukte und deren Vermarktung und somit einer Revitalisierung der Industrie (*sangyō saisei*). Andere Maßnahmen zielen eher auf die Förderung des internationalen Austauschs, des Tourismus und der Bildung ab und werden häufig mit dem Begriff „Stadtgestaltung“ (*machizukuri*) umschrieben.

Aritas kommunale Verwaltung, Unternehmer, Museen, Medien und Vereine präsentieren ihre Stadt nach innen und außen als „Heimat des japanischen Porzellans“ (*Nihon no jiki no furusato*). Besonders „alteingesessene“ Keramikunternehmer identifizieren sich mit der „400-jährigen Geschichte“ (Arita Kankō Kyōkai 2005: 1) der Porzellanherstellung in Arita (Interview mit Unternehmer S. K. am 31.01.2008). Diese begann mit der Entdeckung des Porzellans durch den koreanischen Töpfer Ri Sam-Pei, der während der Invasion Koreas durch Toyotomi Hideyoshi Ende des 16. Jahrhunderts in das Lehenstum *Saga-han* gebracht wurde. Ihm werden die Entdeckung von Kaolin und die Herstellung des ersten japanischen Porzellans in Arita im Jahr 1616 zugeschrieben (Hisatomi 2005: 1). Die Erzählung der Erfolgsgeschichte des Arita-Porzellans wird fortgesetzt mit Exporterfolgen nach Europa im 17. und 19. Jahrhundert. Im 17. Jahrhundert wurde Porzellan aus Arita von der Niederländischen *Vereenigte Oostindische Compagnie* (VOC) nach Europa exportiert (*Kōhō Arita* 12/2005: 18). Arita-Porzellan erlebte eine weitere Phase internationaler Popularität am

⁶ 1991 wurden Umsätze von 3,4 Mrd. Yen erzielt, die sich bis 2004 auf 1,6 Mrd. Yen halbierten (Arita-chō 2006: 7).

⁷ Die Keramikbranche war der größte Arbeitgeber in Arita-machi. Im Jahr 2004 waren über 2.000 Personen allein dort beschäftigt. Von den 12.700 Einwohnern Aritas waren ferner 3.000 Personen 65 Jahre und älter und 2.000 jünger als 15 Jahre (Arita-chō 2006: 8).

Ende des 19. Jahrhunderts, als Produkte aus den Werkstätten Aritas auf den Weltausstellungen gezeigt wurden. Während des 20. Jahrhunderts blieb der Erfolg des Arita-Porzellans zwar auf den japanischen Markt beschränkt, wo es sich aber großer Wertschätzung erfreute, was sich u. a. darin ausdrückt, dass einige lokale Töpfer, Porzellane und Gebäude in das nationale System des Kulturerbes integriert wurden (Tolliday und Yonemitsu 2007: 62).⁸

Das Identifikationsangebot „Heimat des japanischen Porzellans“ wurde in den letzten Jahren einerseits von der ökonomischen Krise in Frage gestellt, andererseits aber im Rahmen von Revitalisierungsmaßnahmen und Stadtgestaltungsprojekten bemüht, um nach innen die lokale Gemeinschaft zu stärken sowie nach außen die Attraktivität des Ortes als Touristenziel und Ursprung der Keramikprodukte hervorzuheben.

3.2 Exkurs: Lokale Identität und Identitätspolitik

Aritas lokale Identität als „Heimat des japanischen Porzellans“ ist im Kontext dieser ökonomischen Wiederbelebungsmaßnahmen einerseits und der Stadtgestaltungsmaßnahmen andererseits zu verorten. Lokale Identität gilt vor allem als Ressource, die Kommunen in einem interlokalen Wettbewerb um Touristen oder Fördermittel voneinander unterscheidbar macht (Steffensen 1996: 158). Lokale Identität wird in diesem Zusammenhang verstanden als ein Ensemble aus lokaler Kultur, Traditionen, Kunsthandwerk, Folklore, historischen Orten und Landschaften (Rausch 2005: 125). Verschiedenste Initiativen trugen seit den 1960er Jahren zu dieser Konzeption lokaler Identität als Ressource bei. So hielt z. B. die Revitalisierungsbewegung „Ein Dorf – ein Produkt“ (*isson ippin undō*), 1979 von Hiramatsu Morihiko, dem damaligen Gouverneur der Präfektur Ōita, angeregt, Kommunen dazu an, alles zu vermarkten, was sie für eine lokal charakteristische Spezialität hielten. Die kollektive Identität, die so gebildet wurde, war demnach hauptsächlich darauf ausgerichtet, eine Kommune als touristischen Ort aufzuwerten oder an die Kommune gebundene Produkte zu verkaufen (Steffensen 1996: 158–159). Weitere Bestrebungen, innerhalb derer lokale Identität kreiert wurde, war die unter Premierminister Takeshita initiierte „Furusato Creation Policy“ Ende der 1980er Jahre. Diese zielte darauf ab, Kommunen zu Heimatorten (*furusato*)

⁸ Im Jahr 1971 wurden die Töpfer Sakaida Kakiemon und Imaizumi Imaemon vom Kultusministerium (Monbushō) zu sogenannten „lebenden National-schätzen“ (*ningen kokuhō*) ernannt, deren Aufgabe der Erhalt von Handwerks-techniken ist, die als wichtiges immaterielles Kulturerbe deklariert wurden.

bestimmter kultureller Praktiken oder Produkte zu etablieren.⁹ Lokale Identität innerhalb solcher Revitalisierungsstrategien dient zumeist der Repräsentation nach außen. Diese lokale Identität ist aber, wie die Beispiele der „Furusato Creation“-Initiative und der „Ein Dorf – ein Produkt“-Kampagne zeigen, nicht immer schon dagewesen oder beständig. Daher soll lokale Identität hier als Konstrukt verstanden werden. Strategien zur Konstruktion einer solchen Identität im Dienste von Revitalisierungsmaßnahmen nenne ich im Folgenden „Identitätsmarketing“.

Die Konstruktion von (lokaler) Identität zielt aber in einer zweiten Funktion auf die Herstellung sozialen Zusammenhalts ab. Diese lokale Identität bietet Individuen die Mitgliedschaft in einem Kollektiv an, indem es die Unterschiede, die zwischen diesen Individuen existieren, aufhebt. Dies geschieht häufig in Bezugnahme zu einem Anderen, von dem sich das Kollektiv durch bestimmte Attribute, die als kulturell, politisch, ökonomisch, ethnisch oder religiös konstruiert sein können, abhebt. Diese Identität wird an einen Raum gebunden, der gleichzeitig als durch diese Identität konstituiert gilt. Sowohl die Identität eines Kollektivs als auch der Raum, auf den diese Identität bezogen wird, werden häufig als primordial präsentiert.

Die Untersuchungsergebnisse Sasaki Masamichis (2004: 80) zeigen für Japan einen Trend auf, demzufolge „lokale“ Identitäten vor allem als Gegenstück zu regionaler oder nationaler Identität wichtiger werden. So fühlten sich besonders ältere Menschen ihrer Kommune bis zu fünf- oder sechsmal stärker verbunden als der Präfektur oder dem Nationalstaat. Dennoch bildet der Diskurs über nationale japanische Identität, der sogenannte *nihonjinron*, ebenfalls einen wichtigen Referenzrahmen für die Konstruktion der Identität japanischer Kommunen und Regionen, die über das Konzept der Heimat (*furusato*) positiv in den japanischen Nationalstaat integriert, als Provinz (*inaka*) jedoch den florierenden Metropolen gegenübergestellt und in einem Prozess der Hierarchisierung diesen untergeordnet und mit negativen Attributen versehen werden. Flüchter (1995: 99) argumentiert, dass die Betonung einer starken nationalen Identität und Homogenität, welche den eigentlichen Stadt-Land-Disparitäten stark widerspricht, zur Kompensation regionaler Unterschiede beitrage.

In diesem Spannungsfeld zwischen nationaler und lokaler Identität sollten auch die hier zu diskutierenden Auseinandersetzungen über die

⁹ So findet man heute nicht nur Gebietskörperschaften, die sich wie Arita als Heimat des japanischen Porzellans präsentieren, sondern auch Landschaften wie Sayama, die selbsternannte Heimat des Anime-Charakters Totoro in der Nähe von Tokyo, oder Regionen wie San'in, die als Heimat der Götter beworben wird. Vgl. dazu die Internetpräsenz der genannten Orte: <http://www.totoro.or.jp>; <http://www.furusato.sanin.jp>; <http://www.town.arita.saga.jp> (jeweils letzter Zugriff 26.06.2008).

lokale Identität Aritas verortet werden. Die Konstruktion lokaler Identität, um Gemeinschaft zu etablieren, wird im Folgenden „Identitätspolitik“ genannt. Identitätspolitik sind die mit Identitätskonstrukten verbundenen politischen Notwendigkeiten und Absichten, die laut Berg (2001: 5) immer dann gefragt sind, wenn die Lücke zwischen der Vergemeinschaftung und dem Gemeinschaftsgefühl zu groß wird. Identitätspolitik ist damit als ein Handeln bestimmt, das auf die Kultur eines Kollektivs Einfluss nimmt, indem es jene und dieses als maßgeblich wahrnehmbar und handlungsrelevant setzt, um so die Zugehörigkeit zu diesem Kollektiv und seiner Kultur zu propagieren oder zu verfestigen.

3.3 Aritas Fusion mit Nishi-Arita

Am 1. März 2006 entstanden in der Präfektur Saga drei neue Kommunen: Takeo-*shi* mit 53.000 Einwohnern, Yoshinogari-*chō* mit 15.900 Einwohnern und Arita-*chō* mit 22.000 Einwohnern (*Asahi Shimbun* 02.03.2006: 30). Insgesamt war im Zuge der Heisei-Fusionen in der Präfektur Saga die Zahl der Kommunen von 49 am 1. Oktober 2005 bis zum 20. März 2006 auf 23 geschrumpft. Die ehemals sieben *shi*, 37 *chō* und fünf *son* fusionierten zu nunmehr zehn *shi* und 13 *chō*. Gebietskörperschaften mit weniger als 10.000 Einwohnern verschwanden allesamt von der politischen Landkarte der Präfektur.

Die Fusionen in der Präfektur seien, so die *Asahi Shimbun*, vor allem finanziell motiviert gewesen (21.03.2006: 31). Die Kommunen hätten sich für die Fusionen entschieden, weil sie auf anderem Wege keine Steigerung ihrer Einnahmen erhoffen konnten, die sie aber dringend für die in Zukunft nicht geringer werdenden Ausgaben vor allem im Bereich der sozialen Sicherung benötigten. Eine genaue Planung des Verwendungszwecks der Subventionen sei aber nur ungenügend erfolgt, obwohl ein Teil zurückgezahlt oder ein Eigenanteil von der Kommune aufgebracht werden müsse. Durch diese Herangehensweise rücke die Steigerung der Verwaltungseffizienz als erklärtes Ziel der Gemeindefusionen in weite Ferne.

Die Gemeindefusion zwischen Arita und Nishi-Arita stellt nach der Definition von Mabuchi (2001: 1) einen Zusammenschluss¹⁰ zweier Gebietskörperschaften ähnlicher Größe dar. Im Jahr 2002 initiierte Arita erste Ge-

¹⁰ Mabuchi unterscheidet zwei Typen von Fusionen: die Eingemeindung und den Zusammenschluss. Mit „Zusammenschluss“ (jap. *shinsetsu gappei*, *gattai gappei* oder *taitō gappei*) ist die Gemeindefusion mehrerer Kommunen ähnlicher Größe gemeint. „Eingemeindung“ (jap. *hennyū gappei* oder *kyūshū gappei*) bezeichnet die Absorption kleinerer Nachbargemeinden durch eine größere Kommune.

sprache mit den Nachbarkommunen Imari-*shi* und Nishi-Arita-*chō* über eine Fusion nach dem Modell 1-*shi* 2-*chō*, die jedoch scheiterten (Interview mit S. K. am 04.02.2008). Der damalige Bürgermeister Aritas, Shinohara Keiichirō, sieht den Grund für das Scheitern im finanziellen Bereich und führt es zudem auf die Ängste Nishi-Aritas zurück, von Imari als einer wesentlich größeren Kommune „verschluckt“ zu werden (Interview mit S. K. am 04.02.2008). Der damalige Bürgermeister Nishi-Aritas und gegenwärtige Bürgermeister der neuen Kommune Arita-*chō*, Iwanaga Masata, gibt als Grund für den Ausstieg Nishi-Aritas aus den Verhandlungen aber vor allem Streitigkeiten über das kommunale Krankenhaus Nishi-Aritas an, welches Imari nicht bereit gewesen sei zu tragen (Interview mit I. M. am 07.02.2008).

Im Jahr 2004 begann Arita erneut Verhandlungen, diesmal jedoch nur mit Imari (*Kōhō Arita* 8/2004: 2). Im September trat Arita dann wieder aus der freiwilligen Gemeindefusionskonferenz mit Imari-*shi* aus, weil die Angst bestand, dass Aritas Interessen im Fall einer Fusion mit einer größeren Gebietskörperschaft nicht genügend berücksichtigt würden. Zudem wurde im Gemeinderat vorgebracht, dass die Bürger Aritas nicht hinter einer Fusion mit Imari stünden und nicht nachvollziehen könnten, warum das benachbarte Nishi-Arita nun als Fusionspartner vernachlässigt werde (*Kōhō Arita* 8/2004: 2). Auch Bürgermeister Shinohara (Interview mit S. K. am 04.02.2008) wies auf die Schwierigkeiten einer solchen Fusion hin. Weil zwischen Arita und Imari der Ort Nishi-Arita liegt, würde Arita zu einer Exklave werden. Die praktischen Probleme bei Straßenbauprojekten oder für den öffentlichen Nahverkehr hätten Kosteneinsparungen unwahrscheinlich gemacht. In einer Bürgerbefragung, die im Juli 2004 in Arita durchgeführt wurde, sprachen sich 54,8 Prozent für eine Fusion mit Nishi-Arita, 19,9 Prozent für ein Zusammengehen mit Imari und 21,0 Prozent der Bürger gegen jegliche Fusion aus (*Kōhō Arita* 9/2004: 7).

Am 17. September 2004 wurde die freiwillige Gemeindefusionskonferenz des Kreises Nishi-Matsuura gegründet, in der über die Zusammenlegung Aritas und Nishi-Aritas verhandelt wurde (*Kōhō Arita* 2/2006: Sonderbeilage). Die Kommission setzte sich aus den beiden Bürgermeistern, den Gemeinderatsvorsitzenden, deren Stellvertretern und den vier Mitgliedern (Verwaltungsangestellten) des Fusionsbüros zusammen. Die gesetzliche Gemeindefusionskonferenz des Kreises Nishi-Matsuura (NMCGK) wurde am 12. November 2004 gegründet (*Kōhō Arita* 11/2005: 11). Vom 15. November 2004 bis zur Fusion am 1. März 2006 tagte die Konferenz 16-mal. Die gesetzliche Städtefusionskonferenz bestand aus insgesamt 16 Mitgliedern aus beiden Städten und einem Berater aus der Präfekturverwaltung. Sie war unterteilt in den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, Verwaltungsausschuss, Parlamentsausschuss und Bürgervertreterausschuss, deren Mit-

glieder zu je gleicher Zahl aus den beiden Kommunen rekrutiert wurden (NMCGK 2005a: 2–3). Die zu klärenden Sachbereiche reichten vom Standort der gemeinsamen Verwaltungsgebäude über die Kanalisation, die Anzahl der Abgeordneten und die Zusammenführung der Wohlfahrtszentren bis hin zu Namen und Wappen der neuen Stadt (NMCGK 2005a: 2–3). Der Fusionsvertrag wurde am 13. März 2005 unterzeichnet. Am 1. März 2006 entstand die neue Stadt Arita-*chō*.

Regionale Medien propagierten die Fusion als Zusammenschluss der Heimatstadt des Arita-Porzellans und der „Agrarstadt“ Nishi-Arita: Besonders Nishi-Arita habe wegen der stark ausgeprägten Bevölkerungsalterung, dem erst kürzlich abgeschlossenen Bau eines neuen Rathauses und dem Betrieb eines kommunalen Krankenhauses dringenden Bedarf an neuen Einnahmequellen. Wenn sich jedoch die Krise der Keramikbranche fortsetze, so prophezeite die *Asahi Shimbun* (02.03.2006: 30), werde die neue Kommune viele Probleme haben.

Die Bürgermeisterwahl fand am 11. April 2006 zusammen mit der Wahl der 22 Abgeordneten des Gemeinderates statt (*Asahi Shimbun* 02.03.2006: 30). Erster Bürgermeister der neuen Kommune Arita wurde der ehemalige Bürgermeister Nishi-Aritas, Iwanaga Masata, der 67 Prozent der Stimmen erhielt (*Saga Shinbun* 17.04.2006: 22). In seinem Wahlkampf präsentierte sich Iwanaga vor allem als ein Bürgermeister, der in der Lage sein werde, Subventionen einzuwerben. Iwanagas Ziel sei, so berichtete die *Saga Shinbun* (18.04.2006: 23), die gemeinsame Förderung landwirtschaftlicher Produkte und der Keramik und deren gemeinsame Vermarktung, um so Arbeitsplätze zu schaffen, welche vor allem die jungen Menschen in der Gemeinde halten sollten.

3.4 Gründe für die Gemeindefusion

Welche Beweggründe veranlassten Bürgermeister und Gemeinderäte zu einer Umsetzung der von der Zentralregierung in Tokyo angeregten Gesetze zur Gemeindefusion?

Der ehemalige Bürgermeister Aritas, Shinohara Keiichirō (Interview am 04.02.2008), begründete die Notwendigkeit zur Fusion damit, dass er ohne eine Fusion keine Zukunft für Arita gesehen habe. Die Fusion sei für ihn eine Maßnahme zur Revitalisierung der Kommune. Arita sei eine Gebietskörperschaft mit relativ geringer Fläche. Dies mache es schwer, Unternehmen aus anderen Branchen in Arita anzusiedeln. Nishi-Arita hingegen sei weiträumig und verfüge zudem über weitere Ressourcen. Die Ansiedlung von Unternehmen in Arita sei wichtig, daher habe er sich wieder an Nishi-Arita gewandt, auch wenn dessen Einwohnerzahl und Steuer-

einnahmen gering waren. Besser wäre es aber gewesen, mit Imari zu fusionieren und eine noch größere Gebietskörperschaft zu werden, da Imari auch einen Zugang zum Meer hat.

Auch eine Bürgervertreterin des Komitees zur Gemeindefusion (Interview mit N. M. am 30.01.2008) plädierte für eine Fusion in größerem Rahmen, weil sie sich davon Zugang zu neuen und frischen *human resources* und Ideen erhoffte, damit Arita nicht an seiner Selbstzufriedenheit zugrunde gehe. Nishi-Aritas ehemaliger Bürgermeister und neuer Bürgermeister Aritas, Iwanaga Masata (Interview am 07.02.2008), gibt an, dass der Druck des Staates und die Drohung des Entzugs von Subventionen ihn zur Fusion seiner Kommune bewogen hätten.

In der von der Konferenz zur Gemeindefusion seit seiner Gründung monatlich an alle Haushalte in Arita und Nishi-Arita verteilten Publikation *Gappei-dayori* [Mitteilungen zur Gemeindefusion] wurde in der Ausgabe vom Januar 2005 die Notwendigkeit einer Gemeindefusion wie folgt begründet:

Arita und Nishi-Arita haben mit Porzellan, Keramik, Landwirtschaft und Natur gemeinsame Wirtschaftszweige und viele Ressourcen, die sich entwickelt haben, als beide Städte nebeneinander existierten. Aber in den letzten Jahren ist die Geburtenrate gesunken und die Alterung hat zugenommen, die Dezentralisierung schreitet voran, die Finanzlage von Staat und Regionen ist schlecht, durch die Trinitätsreformen sind unsere beiden Städte von einer Umwelt umgeben, die sich in großem Stil verändert. Der Sinn der kommenden Fusion besteht darin, dass wir in Zukunft einer noch ernsteren finanziellen Situation entgegensehen und daher eine solidere Verwaltungs- und Finanzbasis errichten müssen. So wollen wir das Fundament unserer Gesellschaft wieder instand setzen und eine effektive Finanz- und Stadtverwaltung einführen, um so den differenzierten und anspruchsvoller gewordenen Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechende Serviceleistungen anbieten und eine attraktive Stadtgestaltung umsetzen zu können. (NMCGK 2005a: 1)

Das Zukunftsszenario für beide Städte wird in den düstersten Farben geschildert. Argumentiert wird mit demographischen, ökonomischen und politischen Daten, Diagrammen und Statistiken. In einer Simulation der Entwicklung des kommunalen Haushalts in den folgenden zehn Jahren wird den Bürgern die jeweilige Entwicklung im Fall einer Gemeindefusion und im Fall einer Ablehnung der Gemeindefusion erklärt. Sollten die Kommunen nicht fusionieren, würden beide innerhalb der nächsten zehn Jahre mit einem Haushaltsdefizit zu kämpfen haben. Im Falle einer Fusion wäre jedoch schon nach zwei Jahren ein Wachstum um etwa 400 Mio. Yen

möglich (NMCGK 2005b: 9–10). Die Einsparungen würden vor allem durch personelle Kürzungen in der Stadtverwaltung erreicht. Diese und weitere Begründungen decken sich fast aufs Wort mit den Zielen, welche das Sömushō für die Gemeindefusionen formulierte (Hobo 2007: 4–6).

3.5 Kommunikation mit den Bürgern

Die *Asahi Shimbun* (21.03.2006: 31) kritisiert die Gemeindefusionen in der Präfektur Saga dafür, dass sie nach Gutdünken der Verwaltung und der Stadtparlamente ausgeführt wurden, ohne die Bürger zu befragen. Wie vermittelten Gemeinderat und Kommunalverwaltung den Bürgern von Arita Inhalte, die im Zusammenhang mit der Gemeindefusion standen? Wurden sie in Entscheidungsprozesse einbezogen?

In Arita wurden die Bürger im Vorfeld der Gemeindefusion durch zwei gesetzlich vorgeschriebene Informationsveranstaltungen in den Stadtdistrikten (*chiku*), regelmäßige Berichterstattung in der kommunalen Monatszeitung *Kōhō Arita*,¹¹ in der regionalen Tageszeitung *Saga Shinbun*, dem lokalen Fernsehsender *Arita Kēburu* und durch eine monatliche Informationsschrift der Konferenz zur Gemeindefusion über den Verlauf der Verhandlungen und deren Inhalte informiert. Von mangelnder Information kann daher zumindest in quantitativer Hinsicht nicht die Rede sein.

Bereits im Juni 2004 fanden in allen zehn Stadtdistrikten Aritas Veranstaltungen für die Bürger statt, die wesentliche Punkte möglicher Gemeindefusionskonstellationen vorstellten. Von den damals 10.333 volljährigen Bürgern Aritas nahmen insgesamt aber nur 326 teil (*Kōhō Arita* 8/2004: 2). Im Februar 2005 fanden zum zweiten Mal in allen Distrikten Informationsveranstaltungen statt (*Kōhō Arita* 3/2005: 18). Die Teilnehmerzahl fiel mit insgesamt 258 Personen noch geringer aus. Angestellte der Stadt und Abgeordnete des Stadtrats erläuterten die Vorteile, den Verlauf und die Auswirkungen der Gemeindefusion. Im Anschluss hatten die Bürger die Möglichkeit, Fragen zu stellen sowie Ängste und Wünsche mitzuteilen. Dazu gehörte vor allem Kritik an der Aufteilung der Verwaltungsaufgaben auf zwei Rathäuser, die voneinander räumlich getrennt und für Bürger ohne Auto schlecht erreichbar sind, an dem geplanten Bau eines neuen Rathauses in Arita und an den geplanten Adressänderungen durch die Veränderung der Distrikteinteilung. Unklar war den teilneh-

¹¹ *Kōhō Arita* ist eine von der Informations- und Planungsabteilung der Kommunalverwaltung monatlich herausgegebene Gemeindezeitung. Sie wird kostenlos an alle Haushalte verteilt.

menden Bürgern, warum die Anzahl der Abgeordneten nicht von Anfang an 18 betragen sollte, sondern in der ersten Wahl 22 Abgeordnete gewählt werden sollten, und wie die Gemeindefusion die Probleme der niedrigen Geburtenrate lösen könne. Sorgen wurden hinsichtlich der Zukunft der öffentlichen Einrichtungen geäußert. Ebenfalls skeptisch standen einige Bürger dem versprochenen finanziellen Segen durch Subventionen gegenüber, die, wenn sie überhaupt helfen sollten, doch spätestens elf Jahre nach der Fusion auslaufen würden (*Kōhō Arita* 3/2005: 18).

Kōhō Arita berichtete regelmäßig über den Fortgang der Fusionsverhandlungen. Bis zur Unterzeichnung des Fusionsvertrags am 13. März 2005 hieß die entsprechende Rubrik *Minna de kangayō! Shichōson gappei!* [Lasst uns zusammen über die Gemeindezusammenlegung nachdenken!]. Nachdem feststand, dass eine Fusion zustande kommen würde und auch ein Datum festgelegt war, wurde der Titel der Rubrik ab März 2005 in *Rainen 3/1 gappei ni mukete* [Der Städtefusion am 1. März des nächsten Jahres zustreben!] umbenannt. *Kōhō Arita* vertrat bei der Berichterstattung die Perspektive der Bürger Aritas bzw. vermittelte diesen Anschein, indem die Zeitung häufig Fragen wiedergab, welche von den Bürgervertretern aus Arita (*Arita-machi jūmin daihyō*) gestellt wurden. Sie fungierte außerdem als Mittler zwischen Verwaltung und Bürgern, indem sie die Leser aufforderte, Fragen bezüglich der Gemeindefusion an die Redaktion zu schicken. In der Aprilausgabe von 2005 wurden diese Fragen – die weitestgehend denen ähnelten, die in den Versammlungen gestellt worden waren – beantwortet (*Kōhō Arita* 4/2005: 2). Die Antworten zielten weitestgehend darauf ab, die Bürger zu beruhigen und ihnen die Vorteile der Gemeindefusion plausibel zu machen.

Eine direkte Einbeziehung der Bürgermeinung in die Vorbereitung der Gemeindefusion fand allerdings nur einmal in Form der Bürgerbefragung im Juli 2004 statt. Darüber hinaus war es Aufgabe der Bürgervertreter, die Meinung der Bürger im Komitee zur Gemeindefusion zu repräsentieren. Die Befragung im Juli 2004 ist zunächst Indiz dafür, dass im Vorfeld der Gemeindefusion auch die Bürger Aritas gehört wurden. Allerdings ist dies wohl eher damit zu erklären, dass die Entscheidung des Stadtrats über einen Austritt aus den Fusionsgesprächen mit Imari mit acht zu sieben Stimmen äußerst knapp ausfiel (*Kōhō Arita* 8/2004: 2). Mit 84 Prozent war die Beteiligung an der Bürgerbefragung im Vergleich zur Teilnahme an den Informationsveranstaltungen hoch. Der ehemalige Bürgermeister Aritas (Interview mit S. K. am 04.02.2008) hielt eine darüber hinausreichende gesonderte Berücksichtigung des Bürgerwillens nicht für notwendig, weil die Abgeordneten des Gemeinderats die Vertreter der Bürger seien. Daher genüge es, solche Entscheidungen innerhalb des Gemeinderats zu fällen.

Die Bürgervertreter, die als Mitglieder des Komitees für die Gemeindefusion an den Verhandlungen teilnahmen und als Mittler zwischen Bevölkerung und Komitee fungieren sollten, hatten die Aufgabe, Informationen aus den Treffen der Gemeindefusionskonferenz an die Bürger weiterzugeben und zu erklären sowie deren Meinungen in die Konferenz zu tragen (Interview mit N. M. am 30.01.2008).

Während in anderen Kommunen besonders während der Shōwa-Fusionen Widerstand gegen die Zusammenlegungen von verschiedenen Seiten artikuliert wurde – vor allem von Bürgern kleinerer Kommunen, die Angst hatten, im Fall einer Fusion mit einer größeren Gebietskörperschaft künftig als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden, weil Gebäude der Kommunalverwaltung in Zukunft schwieriger zu erreichen seien oder aus Angst um den Verlust des alten Namens ihrer Kommune (Mabuchi 2001: 8) –, gab es in Arita öffentlich keinen Protest gegen die Gemeindefusion mit Nishi-Arita. Die ehemalige Bürgervertreterin N. M. beschreibt die Reaktion der Bürger während der ersten Fusionsgespräche mit Imari und Nishi-Arita 2004 sogar als gleichgültig:

Eigentlich gab es kaum Reaktionen. Ich hatte das Gefühl, dass wir, die Bürgervertreter, und die Bürger selbst immer mehr auseinanderdrifteten. [...] Dass die Menschen nicht wussten, ob sie die Gemeindefusion als gut oder schlecht beurteilen sollten, fand ich schlimm. [...] Es ist eine Sache, ob man zuerst fragt, ob es gut wäre zu fusionieren oder nicht, aber eigentlich begann alles gleich damit, dass klar war, dass wir fusionieren würden. (Interview mit N. M. am 30.01.2008)

Wie die Bürgerbefragung zeigte, gab es in Arita auch Bürger, die gegen eine Fusion waren. Diese haben sich aber über ihr Votum bei der Befragung hinaus weder öffentlich geäußert noch organisiert.

3.6 Aritas Gemeindefusion im Kontext lokaler Identität und Identitätspolitik

Unter Bezug auf die Fusion der Gebietskörperschaft Hirosaki-shi in der Präfektur Aomori beschreibt Anthony Rausch (2006: 141), dass die Kommune bei der Information der Bürger bereits auf potenzielle Ängste bezüglich eines möglichen Verlusts von Nachbarschaftsidentität sowie regionaler Traditionen und Kultur einging. Auch in der Medienberichterstattung in der Präfektur gehörte die Angst vor dem Verlust lokaler Identität zu den wichtigsten im Zusammenhang mit Gemeindefusionen genannten Themen (Rausch 2006: 146). Mabuchi (2001: 7) erläutert einen Fall, in dem während der Shōwa-Fusionen die Gegner einer Gemeinde-

fusion mit der Gefahr des Verlusts von Brauchtum und Identität argumentierten.

Spiegelt sich diese Einschätzung lokaler Identität als bedeutsamer Faktor, welcher bei Gemeindefusionen sowohl von deren Befürwortern als auch von deren Gegnern berücksichtigt werden muss, in den Fusionsverhandlungen zwischen Arita und Nishi-Arita wider? Wurden im Zuge der Verhandlungen „lokale Identität“ und deren möglicher Verlust thematisiert?

In der Berichterstattung von *Kōhō Arita* und im *Gappei-dayori* der NMCGK erschienen im Vorfeld der Gemeindefusion nur selten Themen, die mit der Identität der zu fusionierenden Gemeinden verbunden waren. Lediglich zwei Probleme wurden thematisiert. Das erste Problem hing mit der Neufestlegung der Wahlkreise zusammen. Ein Bürgervertreter der ehemaligen Kommune Arita befürchtete, dass, wenn die neuen Wahlkreise deckungsgleich mit den alten Stadtgrenzen gezogen würden, die eine Hälfte der Abgeordneten die Interessen der Keramikindustrie, die andere Hälfte landwirtschaftliche Interessen vertreten würden (*Kōhō Arita* 1/2005: 6). Hier liegt eine Vorstellung der eigenen Identität und des Anderen zugrunde, die festgeschrieben ist und sich auf einen Raum bezieht, der mit den Grenzen der Kommune kongruent ist. Dazu gehören erstens Vorstellungen von Nishi-Arita als einer abgeschotteten Landwirtschaftsgemeinde, während Arita als eher offen eingeschätzt wird, weil die Porzellanhändler „schon immer“ im ganzen Land und sogar im Ausland unterwegs gewesen seien (Interview mit dem ehemaligen Bürgermeister S. K. am 04.02.2008), zweitens die Identifikation beider Kommunen mit ihren jeweiligen Produkten (Interview mit dem Angestellten der Kommunalverwaltung F. R. am 05.02.2008; *Saga Shinbun* 02.03.2006: 27) und drittens Konzeptionen des Anderen als „Nicht-wie-wir“. So unterscheidet sich laut einer Bürgerin aus dem ehemaligen Arita beispielsweise das Zeitempfinden der Menschen aus Nishi-Arita, die alle Bauern seien, vom Zeitempfinden der Menschen aus dem ehemaligen Arita, da Gemüse länger brauche, um zu wachsen (Interview mit N. M. am 30.01.2008).

Diese Unterschiede werden auch von Seiten Nishi-Aritas betont. So gelten die Menschen aus Arita bei den Bürgern aus dem ehemaligen Nishi-Arita als arrogant (Interview mit H. K. am 07.02.2008). Denn während es in der Bauernkultur Nishi-Aritas üblich sei, sich gegenseitig zu helfen, so Bürgermeister Iwanaga, wären die Töpfer und Händler aus Arita vor allem um ihr eigenes Wohl besorgt. Daher fiele es den Menschen aus dem ehemaligen Arita auch schwer, gemeinsam zu handeln, obwohl Arita Schulden mit in die neue Kommune einbringe und daher mehr Bescheidenheit zeigen sollte. Die Keramikunternehmer scheinen sich überhaupt keine Gedanken darum zu machen, was aus der Stadt wird, kritisiert

Iwanaga. Andererseits betont er aber auch die Gemeinsamkeiten beider Kommunen, die schon in der Edo-Zeit gemeinsam von einem in Nishi-Arita ansässigen Feudalherrn regiert worden seien. Auch in der jüngeren Vergangenheit arbeiteten, als es Aritas Keramikbranche noch besser ging, viele Menschen aus Nishi-Arita in Arita (Interview mit I.M. am 07.02.2008).

In der Konferenz zur Gemeindefusion wurden darüber hinaus die Probleme der Namensgebung und des Stadtwappens der neuen Kommune diskutiert. Die Einigung auf den Namen Arita-*chō* erfolgte bereits während des zweiten Treffens der Konferenz zur Gemeindefusion am 4. Oktober 2004. Gegen die Lesart *chō* anstelle des bis dahin in Arita gebräuchlichen *machi* gab es von Seiten Aritas keinerlei Einwände (*Kōhō Arita* 11/2004: 13).

Rausch (2006: 144) gibt an, dass die Medien in der Präfektur Aomori sich besonders mit der Änderung der Gebietskörperschaftsbezeichnungen beschäftigt hätten. Die Ähnlichkeit der Namen im Fall Aritas und Nishi-Aritas und die ähnliche Größe der Kommunen ließen jedoch kein großes Streitpotenzial zu. Viele Kommunen hätten sich, so Rausch (2006: 144), bei der Namensgebung neuer Gebietskörperschaften an bekannten Namen orientiert. Auch im Fall von Arita spielten Überlegungen über den Bekanntheitsgrad des Namens eine Rolle. So hätten sich die Parteien, laut dem ehemaligen Bürgermeister Aritas (Interview mit S.K. am 04.02.2008), für Arita entschieden, weil der Name überall in Japan bekannt sei.¹²

Obwohl es in den Verhandlungen kaum Stellungnahmen zu Ängsten bezüglich eines Verlusts der lokalen Identität der ehemaligen Kommune Arita gab, wurde Identität nicht völlig ausgeblendet. Es gab bereits im Vorfeld der Fusion Bestrebungen, für die neu entstehende Gebietskörperschaft Arita-*chō* eine neue, gemeinsame Identität zu konstruieren. Diese sei auch nötig, so die *Asahi Shimbun* (21.03.2006: 31), um nach der Fusion in der Bevölkerung ein Gefühl der Einheit herzustellen, auf dessen Basis eine effektive Stadtgestaltung für die neue Kommune erfolgen könne; ohne dieses Gemeinschaftsgefühl blieben die Stadtgestaltungsaktivitäten auf das Gebiet der ehemaligen Kommunen beschränkt. Der Notwendigkeit, ein Gemeinschaftsgefühl für die Bürger der beiden ehemaligen Gemeinden zu entwickeln, war sich auch die Kommunalverwaltung in Arita bewusst.

¹² Im Falle einer Fusion mit Imari hätte er aber auch nichts gegen den Verlust des Namens Arita zugunsten von Imari einzuwenden gehabt, weil Imari international bekannter sei, da die Porzellane aus Arita in der Vergangenheit unter dem Namen Imari nach Europa exportiert worden seien (Interview mit S.K. am 04.02.2008).

Im Juli 2005 startete *Kōhō Arita* ein Kooperationsprojekt mit *Kōhō Nishi-Arita*, welches „Der Stolz unserer Stadt. Unsere Stadt ist Nummer eins!“ (*Waga machi jiman! Nanbā 1!*) hieß. Das Ziel der Kampagne wurde wie folgt beschrieben:

Im März nächsten Jahres werden Arita und Nishi-Arita fusionieren. Die Städte liegen nebeneinander und sind sich sehr nah. Beide haben eine 50-jährige Geschichte. Damit aus einer Stadt in der Nähe (*chikai machi*) eine Stadt (*hitotsu no machi*) werden kann, möchten wir, dass sich die Bürger unserer beiden Städte gegenseitig kennenlernen, und daher beginnen wir dieses gemeinsame Projekt. Beim ersten Mal stellen uns Angestellte beider Rathäuser ihre liebsten Orte vor und sagen, worauf sie in ihrer Stadt stolz sind. (*Kōhō Arita* 7/2005: 2)

Auf der Rückseite beider Zeitungen erschienen von nun an bis zur letzten Ausgabe vor der Fusion jeweils nebeneinander zwei kurze Artikel, in denen Bürger beider Kommunen den Lesern jeweils einen Ort, ein Fest oder eine Institution nannten, auf welche sie stolz sind. So zeigen auf der Rückseite der Septemбераusgabe 2005 zwei Fotos junge Menschen, die sich amüsieren. Vorgestellt wurden die Technische Oberschule Arita (*Arita Kōgyō Kōtō Gakkō*) und der Jugendaustausch in den Reisterrassen Nishi-Aritas. Weitere Kategorien waren Freizeitvergnügen (Feuerwerk in Nishi-Arita, das Porzellanpuppentheater in Arita), religiöse Orte (der Tōzan-Schrein in Arita, die Glocke eines Tempels in Nishi-Arita) und „Natur“ (der Arita-Stausee und der Ryūmon-Stausee).

Die Kampagne richtete sich an die Bürger beider Kommunen, also nach innen, und kann mit ihrer Intention, die Zugehörigkeit zu einem Kollektiv und seiner Kultur zu propagieren, als Identitätspolitik gelten. Dazu gehört auch das Vorhaben, kurz nach der Fusion gemeinsame Feste und Veranstaltungen durchzuführen, um die Gemeinschaft der Bürger der neuen Stadt zu fördern. Diese sollten sich vor allem an die Kinder richten (*Saga Shinbun* 18.04.2006: 23).

Ein weiterer Versuch der Herstellung von Gemeinschaft, der eher als Identitätsmarketing nach außen im Zusammenhang mit Revitalisierungsbemühungen gelten kann, ist die von Bürgermeister Iwanaga schon während der Bürgermeisterwahlen angekündigte Verbindung von Landwirtschaftsprodukten aus Nishi-Arita und Porzellan aus Arita. Unter dem Slogan *Shokki to shoku* [Geschirr und Lebensmittel] soll eine Weltmarke etabliert werden, die durch die Vereinigung von Geschirr aus Arita und landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Nishi-Arita eine neue Esskultur hervorbringt (*Asahi Shinbun* 02.03.2006: 30). Erste Aktivitäten in diese Richtung entfalteten sich kurz nach der Fusion im Rahmen des jährlich

stattfindenden Keramikmarktes. Erstmals wurden Verkaufsstände für landwirtschaftliche Produkte aus Nishi-Arita eingerichtet (*Saga Shinbun* 13.04.2006: 20). Im März 2008 stellte Arita das neue Konzept und die dazugehörigen Produkte erstmals in einem Kaufhaus in Tokyo vor (Interview mit I. M. am 07.02.2008).

Die Perspektive der vorangegangenen Ausführungen zu lokaler Identität und Identitätspolitik im Zusammenhang mit der Gemeindefusion ist die des Bürgermeisters, der Kommunalverwaltung und der ihnen unterstellten Medien. Wie stellt sich die Fusion und damit verbunden das Thema Identität aber aus Perspektive der Bürger dar? Empfanden die Bürger Aritas die Gemeindefusion als Gefahr für Aritas Identität als „Heimat des japanischen Porzellans“? Im Januar 2008 führte ich 18 ein- bis zweistündige leitfadengestützte qualitative Interviews in Arita durch. Zwei der Befragten sind im Bereich der Stadtgestaltung aktiv, drei arbeiten in Museen in Arita, eine Person ist in einem (sich mittlerweile in Auflösung befindenden) Keramikberufsverband beschäftigt, zwei der Befragten sind Lehrer. Darüber hinaus befragte ich vier Unternehmer aus der Keramikbranche, einen Journalisten des Büros der *Saga Shinbun* in Arita, drei Mitarbeiter des Rathauses, den ehemaligen Bürgermeister Aritas und den gegenwärtigen Bürgermeister der neuen Stadt Arita. Die Hälfte der Befragten wurde im ehemaligen Arita geboren; 15 Interviewpartner leben gegenwärtig dort.

Neun der befragten Personen gaben an, dass die Gemeindefusion auf ihr persönliches Leben und ihr berufliches Umfeld kaum Einfluss habe und sie entsprechend im Vorfeld der Fusion keine Ängste bezüglich des Verlusts der lokalen Identität ihrer Kommune entwickelt hätten. Diese Gruppe besteht aus den Unternehmern aus der Keramikbranche, den Mitarbeitern der Museen und den Lehrern. Dieses Ergebnis lässt sich zum Teil damit erklären, dass weder die Unternehmer noch die in Institutionen der Präfektur angestellten Museumsmitarbeiter und Lehrer direkt von den Haushaltsproblemen der Kommune betroffen waren. Auch die Leiterin des Museums für Stadtgeschichte und Folklore Arita (Arita Rekishi Minzoku Shiryōkan) (Interview mit O. Y. am 08.02.2008) glaubt, dass sie keine Sorge haben müsse, weil Aritas 400-jährige Geschichte ein Grund für den Erhalt des kommunalen Museums sei. Ähnlich selbstbewusst geben sich die Unternehmer aus der Keramikbranche. Einer von ihnen gibt an, dass er nicht glaube, dass Nishi-Arita nötig sei, um Arita wiederzubeleben. „Wenn wir es als Stadt mit unserer 400-jährigen Geschichte der Porzellanproduktion nicht schaffen, kann uns eine Stadt, in der nur Landwirtschaft betrieben wird, erst recht nicht helfen. Landwirtschaft ist nichts Besonderes. Das gibt es überall in der Welt und überall in Japan“ (Interview mit K. S. am 31.01.2008).

Interviewpartner, auf deren Leben und Arbeitsumfeld die Gemeindefusion Einfluss nahm, waren die Mitarbeiter des Rathauses, die Bürgermeister, der Mitarbeiter des Keramikberufsverbandes und die in der Stadtgestaltung Aktiven. Obwohl sie im Vorfeld der Fusion verschiedene Vorbehalte entwickelt hatten, gehörte die Sorge vor einem Verlust lokaler Identität nicht dazu. Vorgebracht wurden eher die schwierige kommunale Haushaltssituation und verschiedene Bereiche des alltäglichen Lebens, wie zum Beispiel Bedenken, ob Probleme der Kommune, wie das illegale Abladen von Müll, überhaupt noch von der Verwaltung bemerkt und bearbeitet werden können, wenn Fläche und Einwohnerzahl der Kommune sich verdoppeln, oder die Angst auf Seiten der Verwaltungsangestellten, den Wünschen der Bürger nicht mehr gerecht werden zu können (Interview mit H. K. am 07.02.2008). Die Verantwortliche für *Kōhō Arita* im Rathaus Arita (Interview am 07.02.2008) gibt an, dass sie im Rahmen ihrer Tätigkeit vor der Gemeindefusion im ehemaligen Arita kaum mit Bedenken gegenüber der Fusion konfrontiert gewesen sei, die mit einem möglichen Verlust von Identität, lokaler Kultur oder Tradition begründet wurden. Das habe damit zu tun, dass die Menschen in Arita wegen der 400-jährigen Geschichte der Stadt über genügend Selbstbewusstsein verfügten. Ängste, die eigene Identität zu verlieren und von der starken Identität Aritas aufgesogen zu werden, habe es eher in Nishi-Arita gegeben.

Die Maßnahmen der Kommunalverwaltung, des Gemeinderats und des Bürgermeisters zur Herstellung eines Gemeinschaftsgefühls nach der Fusion wurden von den Befragten eher negativ bewertet. So sollen zugunsten eines gemeinsamen Fests der neuen Kommune etablierte Volksfeste im ehemaligen Arita abgeschafft werden. Frau N., die seit Jahren im Bereich der Stadtgestaltung aktiv ist, bemängelt, dass der finanzielle Aufwand, der für dieses Fest betrieben wird, zu groß sei und plädiert dafür, anstelle dieses großen Fests mehrere Veranstaltungen stattfinden zu lassen, die nicht nur für die Bürger konzipiert seien, sondern noch dazu Touristen anzögen, um so zur Revitalisierung der Kommune beizutragen (Interview mit N. M. am 30.01.2008). Die Bemühungen von Seiten der Kommune, das *Sarayama*-Fest abzuschaffen, habe nach der Gemeindefusion zu einer Thematisierung des Verlusts lokaler Traditionen und Identität im ehemaligen Arita geführt. Über die Abschaffung sei aber noch nicht entschieden worden (Interview mit dem Angestellten der Kommunalverwaltung S. T. am 28.02.2008).

4 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Bei der *Heisei no dai-gappei* handelt es sich um einen Sammelbegriff für Gemeindefusionen zwischen 1999 und 2006, die im Kontext staatlich gelenkter Dezentralisierungsbestrebungen auf die Steigerung der Effizienz der kommunalen Verwaltung und der lokalen Autonomie abzielten. Inwieweit lokale Autonomie gefördert wird, indem der finanzielle Spielraum der Kommunen langfristig noch mehr eingeschränkt wurde, ist jedoch fraglich.

Die Fusion der Gemeinden Arita und Nishi-Arita war ein Zusammenschluss zweier ungefähr gleich großer Kommunen. Begünstigt wurde die Entscheidung zu fusionieren vor allem durch den Notstand der kommunalen Haushalte, der sich durch die Dezentralisierungsbestrebungen und damit verbundene Reformen der japanischen Regierung bei gleichzeitiger Krise der lokalen Kernindustriezweige zugespitzt hatte. Als Argumente für die Fusion wurden neben der Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung durch Einsparungen einerseits und die in Aussicht gestellten finanziellen Beihilfen andererseits vor allem die vom Sōmushō propagierten Gründe angegeben. Die Fusion kann nicht als von den Kommunen freiwillig initiiert gelten, sondern war vielmehr eine Reaktion auf staatliche Anreize und gleichzeitigen Druck, die schwierige kommunale Haushaltslage und die schwierige Situation der lokalen Wirtschaft. In dieser Hinsicht ist die Fusion Aritas mit Nishi-Arita charakteristisch für die kommunalen Gebietsreformen der Heisei-Zeit.

Die Fusionen der Heisei-Zeit wurden dafür kritisiert, dass sie von den Kommunalverwaltungen und -parlamenten beschlossen wurden, ohne die Bürger einzubeziehen, und galten daher als undemokratisch durchgesetzt. In Arita wurden die Bürger zwar auf vielfältige Weise informiert, ein Dialog fand aber kaum statt. Zwar lud *Kōhō Arita* die Bürger zum Meinungsaustausch per Leserpost ein, direkte Kommunikation war aber nur bei den Informationsveranstaltungen der Kommunalverwaltung in den Stadtdistrikten und über Kommunikation mit den Bürgervertretern, die im Komitee zur Gemeindefusion saßen, möglich. An den gesetzlich vorgeschriebenen Informationsveranstaltungen nahmen jedoch nur wenige Bürger teil, und auch das Kommunikationsangebot der Bürgervertreter wurde kaum genutzt. Die Beteiligung bei der Bürgerbefragung über die Fusion im Juli 2004 war mit 84 Prozent jedoch hoch. Eine darüber hinausgehende Einbeziehung der Bürger in die Fusionsvorbereitung fand nicht statt. In Arita wurde öffentlich kein Widerstand gegen die Gemeindefusion artikuliert, obwohl 21 Prozent der Bürger in der Bürgerbefragung gegen eine Fusion gestimmt hatten. Mögliche Gründe dafür sind einerseits das bereits erwähnte Desinteresse der Bürger an einer Kommunikation

mit Kommunalverwaltung und -parlament, wo, so die Bürgervertreterin Frau N., von vornherein feststand, dass eine Fusion erfolgen würde (Interview mit N. M. am 30.01.2008). Andererseits bestand auch nicht die Gefahr, von einer wesentlich größeren Kommune „verschluckt“ und unter einem neuen Namen subsumiert zu werden (Mabuchi 2001: 8), weil die beiden Kommunen von einer ähnlichen Größe und daher relativ gleichberechtigt waren. Die bei Mabuchi (2001: 8) beschriebenen Effekte von Gemeindefusionen treten häufiger bei Eingemeindungen oder bei einem Zusammenschluss von mehr als zwei gleich großen Partnern auf (Rausch 2006: 144). Es ist daher anzunehmen, dass die Wahrscheinlichkeit von Bürgerprotesten gegen Gemeindefusionen von der Form der Fusion, der Anzahl sowie der Größe der Fusionspartner abhängig ist.

Gilt das Prinzip der Gleichberechtigung zwischen Arita und Nishi-Arita aber auch für die lokale Identität? Obwohl in anderen Fällen von Gemeindefusionen während der Heisei-Zeit und auch bei den Shōwa-Fusionen der Verlust lokaler Identität und Kultur eine Rolle spielte, wurde dieses Problem während der Fusionsverhandlungen zwischen Arita und Nishi-Arita kaum in der Konferenz zur Gemeindefusion oder in den lokalen Medien thematisiert. Zwar wurde beiden Fusionspartnern eine klar definierte, an ihre Produkte geknüpfte Identität zugeschrieben und häufig die Dichotomie Bauern/Töpfer bemüht; ein Verlust der Identität Aritas als „Heimat des japanischen Porzellans“ wurde in Arita aber nicht befürchtet. Auch die Namensgebung für die neue Kommune, die in anderen Fällen zu Konflikten und Ängsten bezüglich eines Verlusts lokaler Identität geführt hatte, verlief in Arita reibungslos. Das lag vorrangig daran, dass eine große Namensähnlichkeit bestand. In Arita wurde zudem angenommen, dass Arita bereits ein in ganz Japan für Porzellan bekannter Markenname und dieser Name daher auch für Nishi-Arita von Vorteil sei. Diese Einschätzung deutet bereits die Einstellung vieler Bürger Aritas gegenüber Nishi-Arita an. Interviews mit Bürgern Aritas ergaben, dass Angst vor einem Verlust lokaler Identität durch eine Gemeindefusion deshalb kaum existierte, weil die eigene Identität als überlegen angesehen wird. Es seien eher die Bürger Nishi-Aritas gewesen, die Angst gehabt hätten, von dieser „starken Identität“ Aritas absorbiert zu werden. Diese Ängste fanden sich in den Fusionsverhandlungen aber nicht wieder.

In diesem Beispiel der Fusion zweier etwa gleich großer Kommunen, von denen eine über ein starkes Identitätsbewusstsein verfügt, spielen Verlustängste bezüglich dieser Identität keine Rolle, weil der andere Fusionspartner diese Identität nicht in Frage stellte. Lokale Identität steht bei Gemeindefusionen also nicht generell auf dem Spiel, vielmehr sind auch hier Größe und Anzahl der Fusionspartner sowie die jeweilige materielle

Gegebenheit und Selbstwahrnehmung der zu fusionierenden Kommunen zu berücksichtigen.

Obwohl somit der Verlust lokaler Identität in den Fusionsverhandlungen nur indirekt thematisiert wurde, sah man die Konstruktion eines Einheitsgefühls der Bevölkerung als notwendig an, um eine gemeinsame Stadtgestaltung und Revitalisierungsmaßnahmen für die neue Kommune forcieren zu können. Dies resultierte im Vorfeld der Fusion in der Kampagne *Waga machi jiman!* in den beiden Kommunalzeitungen, welche als Identitätspolitik gelten kann, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürger herstellen soll. Darüber hinaus gibt es seit der Fusion Bestrebungen, gemeinsame Veranstaltungen für alle Bürger der neuen Kommune zu organisieren. Diese haben aber in Arita teilweise Proteste hervorgerufen, weil gleichzeitig die Abschaffung etablierter und bisher von der Kommune finanzierter Feste angestrebt wird.

Die Konstruktion einer gemeinsamen Identität im Dienste von Revitalisierungsmaßnahmen wurde von Bürgermeister Iwanaga bereits im Vorfeld seiner Wahl vorgeschlagen. Die Landwirtschaftsprodukte Nishi-Aritas und die Porzellanprodukte aus Arita sollen gemeinsam als Marke außerhalb von Arita präsentiert werden. Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung waren bis zur Bürgermeisterwahl nicht unternommen worden, sie begannen aber im Mai 2006 im Rahmen des Keramikmarktes in Arita, und außerhalb Aritas wurde das Konzept erstmals im März 2008 in einem Kaufhaus in Tokyo vorgestellt.

Das Ergebnis der Untersuchung zeigt, dass im Zusammenhang mit Gemeindefusionen Identitätspolitik und Identitätsmarketing, die eine neue Identität für die neuen Kommunen kreieren und verbreiten sollen, nicht notwendig mit Ängsten bezüglich des Verlusts lokaler Identität auf Seiten der Fusionspartner einhergehen müssen. Vielmehr bauen die Bestrebungen in Arita auf der Anerkennung der jeweiligen Identität des Anderen auf und versuchen diese zu verbinden. Damit wird allerdings auch die Anerkennung der angenommenen Unterschiede zwischen den beiden Kommunen und ihrer Bürger übernommen, was möglicherweise der Entstehung eines Gemeinschaftsgefühls im Wege steht. Ebenfalls kann festgestellt werden, dass die Konstruktion einer gemeinsamen Identität im Rahmen eines Identitätsmarketings nach außen erfolgreicher verlief als die an die Bürger der Kommune gerichtete Identitätspolitik. Ein möglicher Grund dafür liegt darin, dass diese Revitalisierungsbestrebungen in der Kommunalverwaltung weitgehend ohne Beteiligung der Bürger geplant wurden.

Was kann nun zwei Jahre nach der Fusion über deren Erfolg gesagt werden? Bürgermeister, Gemeinderatsabgeordnete und Mitarbeiter des Rathauses fühlen sich vom Staat betrogen (Interview mit Bürgermeister I. M.

am 07.02.2008). Die finanzielle Lage der Kommune sei nicht besser, sondern schlechter geworden, so ein Abteilungsleiter des Rathauses (Interview mit S. T. am 28.02.2008). Auch alle anderen 17 Befragten gaben an, dass sie keinen Unterschied hinsichtlich der finanziellen Schwierigkeiten der Kommune im Vergleich zum Zeitpunkt der Gemeindefusion feststellen könnten. Ebenso wenig habe bisher eine Annäherung zwischen den Bürgern Nishi-Aritas und Aritas stattgefunden. Die Menschen aus dem ehemaligen Nishi-Arita seien eben Bauern, so die Mehrheit der Befragten, und hätten entsprechend andere Traditionen und Feste, weil sie nicht über eine 400-jährige Tradition der Keramikproduktion verfügten. Bis zur Entstehung eines Gemeinschaftsgefühls werde wohl noch eine lange Zeit vergehen. Es bleibt die Frage offen, ob die Ziele – einschließlich einer gemeinsamen Identität –, welche durch die Gemeindefusion angestrebt worden waren, in Zukunft erreicht werden können.

Darüber hinaus ist das Thema „Gemeindefusionen“ weder in Japan insgesamt noch in Arita abgeschlossen. Das Sōmushō geht davon aus, dass bis zum 1. November 2008 die Zahl der Kommunen weiter auf 1.784 sinken wird (Sōmushō 2008, Internet), und in Arita wird bereits wieder über eine Fusion mit Imari nachgedacht (Interview mit Bürgermeister I. M. am 07.02.2008).

LITERATURVERZEICHNIS

- Arita-chō (2006): 17-nen Arita-chō tōkeisho [Statistisches Jahrbuch der Stadt Arita 2005]. <http://www.town.arita.saga.jp> (letzter Zugriff 13.08. 2007).
- Arita-chō (2007): Machi no gaiyō [Übersicht über die Stadt]. <http://www.town.arita.saga.jp> (letzter Zugriff 15.04.2008).
- Arita Kankō Kyōkai (2005): *Gaido bukku* [Reiseführer]. Arita: Arita-chō.
- Asahi Shimbun* (02.03.2006): 3-shichō arata-na shuppatsu – Takeo-shi – Arita-chō – Yoshinogari-chō [Drei neue Kommunen entstehen – Takeo-shi – Arita-chō – Yoshinogari-chō], S. 30, Morgenausgabe (Präfektur Saga).
- Asahi Shimbun* (21.03.2006): Mura kie, jichitai 23 ni hangen [Dörfer verschwunden, Anzahl der Kommunen auf 23 halbiert], S. 31, Morgenausgabe (Präfektur Saga).
- Barrett, Brendan F. B. (2000): Decentralization in Japan: Negotiating the Transfer of Authority. In: *Journal of Japanese Studies* 20 (1), S. 33–48.
- Berg, Wolfgang (2001): *Identitätspolitik. Europäische Identität und Landesbewusstsein in Sachsen-Anhalt*. Aachen: Shaker.
- Flüchter, Winfried (1995): Der planende Staat: Raumordnungspolitik und ungleiche Entwicklung. In: Gesine Foljanty-Jost (Hg.): *Der schlanke japanische Staat – Vorbild oder Schreckbild?* Opladen: Leske+Budrich, S. 88–106.

- Foljanty-Jost, Gesine (2006): Dezentralisierung als Herausforderung lokaler Demokratie? In: Verena Blechinger (Hg.): *Politik in Japan*. Frankfurt am Main: Campus, S. 63–83.
- Hisatomi, Momotarō (2005): Atarashii Ri Sam Pei-hi ni tsuite [Über das neue Denkmal für Ri Sam-Pei]. In: *Arita Rekishi Minzoku Shiryō-kan Gekkan* 67, S. 1–2.
- Hobo, Takehiko (2007): *Heisei no dai-gappei-go no chiiki o dō tatenaosu ka* [Wie können wir die Gemeinden nach den umfassenden kommunalen Gebietsreformen der Heisei-Zeit wieder aufbauen?] (= Iwanami bukku-retto; 693). Tokyo: Iwanami Shoten.
- Iqbal, Farrukh (2001): Evolution and Salient Characteristics of the Japanese Local Government System. <http://siteresources.worldbank.org/WBI/Resources/wbi37179.pdf> (letzter Zugriff 03.01.2008).
- Kataoka, Masato (2005): *Shichōson gappei de chimei o korosu na* [Tilgt keine Ortsnamen im Zuge der Gemeindefusionen!]. Tokyo: Yōsensha.
- Kida, Jun'ichirō (2006): Heisei dai-gappei ni miru nihonjin no chimei kankaku [Die Wahrnehmung von Ortsnamen durch die Japaner im Kontext der kommunalen Gebietsreformen der Heisei-Zeit]. In: *Kōhyō* 43 (7), S. 64–71.
- Kōhō Arita* (August 2004): Minna de kangaeyō! Shichōson gappei! [Lasst uns zusammen über die Gemeindezusammenlegung nachdenken!], S. 2–3.
- Kōhō Arita* (September 2004): Minna de kangaeyō! Shichōson gappei! [Lasst uns zusammen über die Gemeindezusammenlegung nachdenken!], S. 6–7.
- Kōhō Arita* (Oktober 2004): Minna de kangaeyō! Shichōson gappei! [Lasst uns zusammen über die Gemeindezusammenlegung nachdenken!], S. 6–7.
- Kōhō Arita* (November 2004): Minna de kangaeyō! Shichōson gappei! [Lasst uns zusammen über die Gemeindezusammenlegung nachdenken!], S. 13–15.
- Kōhō Arita* (Januar 2005): Minna de kangaeyō! Shichōson gappei! [Lasst uns zusammen über die Gemeindezusammenlegung nachdenken!], S. 6–7.
- Kōhō Arita* (März 2005): Minna de kangaeyō! Shichōson gappei! [Lasst uns zusammen über die Gemeindezusammenlegung nachdenken!], S. 18.
- Kōhō Arita* (April 2005): Rainen 3-gatsu tsuitachi ni Nishi-Arita to gappei [Nächstes Jahr am 1. März Städtefusion mit Nishi-Arita], S. 2–3.
- Kōhō Arita* (Juli 2005): Waga machi jiman! Nanbā 1! [Der Stolz unserer Stadt. Unsere Stadt ist Nummer eins!], S. 2–3.
- Kōhō Arita* (August 2005): Waga machi jiman! Nanbā 1! [Der Stolz unserer Stadt. Unsere Stadt ist Nummer eins!], S. 22.

- Kōhō Arita* (September 2005): Rainen 3-gatsu tsuitachi no gappei ni mukete [Der Städtefusion am 1. März des nächsten Jahres zustreben], S. 10–11.
- Kōhō Arita* (Dezember 2005): Kizuna [Bande], S. 17–20.
- Kōhō Arita* (Februar 2006): Chōsei 50-shūnen kinen [Zum 50-jährigen Jubiläum der Stadtgründung], Sonderbeilage.
- Mabuchi, Masaru (2001): Municipal Amalgamation in Japan. <http://sitere-sources.worldbank.org/WBI/Resources/wbi37175.pdf> (letzter Zugriff 21.01.2008).
- Neary, Ian (2002): *The State and Politics in Japan*. Oxford: Blackwell.
- Nishi-Nihon Shinbun* (31.10.2004): 20 shichō asu tanjō [Morgen werden 20 neue Kommunen geboren], S. 33.
- Nishi-Nihon Shinbun* (27.04.2006): Arita-yaki no 9-nen renzoku uriage gen [Umsätze des Arita-Porzellans sinken das neunte Jahr in Folge], S. 18.
- NMCGK (= Nishi-Matsuura-chiku Gappei Kyōgikai) (2005a): *Gappei-dayori* 1 [Mitteilungen über die Gemeindefusion; Nr. 1]. Arita-chō: Nishi-Matsuura-chiku Gappei Kyōgikai.
- NMCGK (2005b): *Gappei-dayori* 3 [Mitteilungen über die Gemeindefusion; Nr. 3]. Arita-chō: Nishi-Matsuura-chiku Gappei Kyōgikai.
- Osiander, Anja (2007): *Der Fall Minamata: Bürgerrechte und Obrigkeit in Japan nach 1945* (= Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien; 41). München: Iudicium.
- Rausch, Anthony (2005): Local Identity, Cultural Commodities, and Development in Rural Japan: The Potential as Viewed by Cultural Producers and Local Residents. In: *International Journal of Japanese Sociology* 14, S. 122–137.
- Rausch, Anthony (2006): The *Heisei Dai Gappei*: A Case Study for Understanding the Municipal Mergers of the Heisei Era. In: *Japan Forum* 18 (1), S. 133–156.
- Saga Shinbun* (02.03.2006): Gappei shin jichitai sutāto – Takeo-shi, Yoshinogari-chō, Arita-chō de kaichōshiki [Start der neu fusionierten Selbstverwaltungskörperschaften – in Takeo, Yoshinogari und Arita werden die Rathäuser eröffnet], S. 27.
- Saga Shinbun* (13.04.2006): Arita tōki ichi: Nishi-Arita to gappei de shinkikaku [Keramikmarkt in Arita: Neuer Plan anlässlich der Fusion mit Nishi-Arita], S. 20.
- Saga Shinbun* (17.04.2006): Shodai chōchō ni Iwanaga-shi [Iwanaga wird erster Bürgermeister], S. 22.
- Saga Shinbun* (18.04.2006): Arita chōchō: Iwanaga Masata-shi (67) [Iwanaga Masata (67), Bürgermeister von Arita-chō], S. 23.
- Sasaki, Masamichi (2004): Globalization and National Identity in Japan. In: *International Journal of Japanese Sociology* 13, S. 69–87.

- Sasaki, Nobuo (2002): *Shichōson gappei* [Kommunale Gebietsreform]. Tokyo: Chikuma Shinsho.
- Shichōson Gappei Shien Honbu (2001): *Shichōson gappei shien puran* [Plan zur Unterstützung der Kommunalen Gebietsreform]. <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/sityouson/dai3/pdfs/830plan.pdf> (letzter Zugriff 30.04.2008).
- Shirai, Sayuri (2005): Growing Problems in the Local Public Finance System of Japan. <http://coe21-policy.sfc.keio.ac.jp/ja/wp/WP31.pdf> (letzter Zugriff 11.01.2008).
- Sōmushō (2001): *Shichōson gappei no haikai to kōka ni tsuite* [Über Hintergründe und Wirkungen der Gemeindefusionen]. http://www.soumu.go.jp/gapei/haikai_koka.html (letzter Zugriff 15.05.2008).
- Sōmushō (2008): *Gappei sōdan kōnā* [Beratungsecke Gemeindefusion]. <http://www.soumu.go.jp/gapei/index.html> (letzter Zugriff 22.04.2008).
- Steffensen, Sam K. (1996): Evolutionary Socio-Economic Aspects of the Japanese “Era of Localities” Discourse. In: Sarah Metzger-Court und Werner Pascha (Hg.): *Japan’s Socio-Economic Evolution: Continuity and Change*. Folkestone: Curzon Press, S. 142–172.
- Tolliday, Steven und Yasushi Yonemitsu (2007): Microfirms and Industrial Districts in Japan: The Dynamics of the Arita Ceramic-ware Industry in the Twentieth Century. In: *Journal of Japanese Studies* 33 (1), S. 29–66.